DOI: 10.5771/0342-300X-2019-3-212

Extreme und populistische Rechtsparteien und die soziale Frage

Entwicklungen in Frankreich, Österreich, Ungarn und den Niederlanden

Unter der Leitung von Marine Le Pen hat der französische Front National einen Schwenk weg von seinen neoliberalen Positionen vollzogen. Er tritt nunmehr für Verstaatlichungen und einen großzügigeren Sozialstaat für Inländer*innen ein. Ist dies ein Erfolgsrezept, das auch andere rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in Europa anzuwenden versuchen? Der Blick nach Österreich, Ungarn und in die Niederlande zeigt ein differenziertes Bild: Dort sind die Rechtsparteien diesen Weg programmatisch nicht oder nicht in diesem Ausmaß mitgegangen, auch wenn sie sehr stark auf Wohlfahrtschauvinismus setzen. Und wo Rechtsparteien lokal oder gar national mitregieren, ist von einer pro-wohlfahrtsstaatlichen politischen Praxis nichts zu spüren.

JÖRG FLECKER, GUDRUN HENTGES, ISTVÁN GRAJCZJAR, CARINA ALTREITER, SASKJA SCHINDLER

1 Einleitung

Quer durch Europa finden sich heute erfolgreiche extreme und populistische Rechtsparteien. Sie haben mehrere Merkmale gemeinsam (Loch/Norocel 2015): Sie sind nationalistisch und rassistisch, überwiegend islamfeindlich, treten innerhalb der Europäischen Union für nationale Souveränität ein, stellen sich gegen die politischen und gesellschaftlichen Eliten, kritisieren die repräsentative Demokratie und fordern – je nach Opportunität – Plebiszite oder Volksabstimmungen. Ihr Bezug zum Sozialstaat besteht insbesondere darin, dass sie staatliche Transferleistungen im Sinne eines Wohlfahrtschauvinismus (Kitschelt/McGann 1997) an nationale und ethnische Kriterien binden möchten.

Wiesen die Programme der extremen und populistischen Rechtsparteien früher vielfach neoliberale Ausrichtungen auf, so bezogen sich viele dieser Parteien in den 1990er Jahren stärker auf soziale Fragen (Lefkofridi/Michel 2014). Entsprechend änderten sie ihre Haltung gegenüber dem Wohlfahrtsstaat und nahmen neoliberale Positionen zumindest vordergründig zurück. Sie sprachen sich Anfang der 2000er Jahre deutlich stärker als noch ein Jahrzehnt zuvor für Sozialpolitik aus und schwächten ihre Forderungen nach Budgetdisziplin und ökonomischer Liberalisierung ab (Kriesi 2012). Ein bekanntes Beispiel für diesen Wandel ist der französische Front National. Auch im deutschsprachigen Raum war Ähnliches zu beobachten. So nahmen sowohl die NDP als auch die FPÖ den Slogan „soziale Heimatpartei“ in ihre Wahlwerbung auf.

In Bezug auf die AfD lässt sich konstatieren, dass die Partei, deren Gründung vor allem in neoliberalen Think Tanks und Netzwerken konzeptionell vorbereitet worden ist (Plehwe 2017; Butterwegge et al. 2018), im Zuge ihrer zahlreichen Metamorphosen in den letzten Jahren die soziale Frage für sich entdeckt hat. So strich sie z. B. 2016 die Forderung nach Privatisierung der Arbeitslosenversicherung aus ihrem Programmentwurf. Stattdessen behauptete sie im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017, die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen wirke sich negativ auf den Wohlstand aus, und forderte eine gesetzliche Obergrenze von 15 % der Beschäftigten mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen. Auch wollte die AfD erreichen, dass ein Leiharbeitsverhältnis nach sechs Monaten in eine Festanstellung transferiert werden müsse. Mittels dieser Forderungen versuchte die AfD ganz gezielt, prekär Beschäftigte oder Teile der Randbelegschaften als Wählerbasis zu rekrutieren.

Aufgrund ihrer geänderten Rhetorik und auch wegen der Ergebnisse der Wahlforschung verlieh man den extre-

https://doi.org/10.5771/0342-300X-2019-3-212
Generiert durch IP '18.118.210.108', am 24.02.2025, 09:09:02.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

men und populistischen Rechtsparteien das Etikett der „neuen Arbeiterparteien". Damit rückte auch die Arbeitswelt in den Blickpunkt von Untersuchungen über die Veränderung politischer Subjektivität. In den 2000er Jahren zeigten wir mit einer europäischen Studie über acht Länder (Flecker 2007) auf, dass Arbeitsbedingungen, Beschäftigungsunsicherheit und erfahrene Ungleichheit zu einer „konformistischen Rebellion" (Hentges/Meyer 2002) beigetragen haben. Menschen lassen sich aufgrund von Interessenverletzungen, Frustrationen und Kränkungen gegen „das System" mobilisieren, bleiben dabei aber den Ideologien der ökonomisch, kulturell und politisch Herrschenden verhaftet.

Auch wenn die (Flucht-)Migration, die muslimischen Minderheiten und die vermeintliche Islamisierung westlicher Gesellschaften in der jüngeren Diskussion die überragenden Themen waren und die Gefährdung der christlich-abendländischen bzw. nationalen Identitäten zum Problem stilisiert wurden, blieben die Arbeitswelt und desintegrative Tendenzen als mögliche Ursachen für den Aufstieg der extremen und populistischen Rechtsparteien in Europa präsent (Becker et al. 2018).

Mit einem Überblick über ausgewählte Länder in der Europäischen Union gehen wir im Folgenden der Frage nach, inwiefern der Übergang von neo-liberalen zu Pro-Wohlfahrtsstaatsprogrammen tatsächlich als neues Erfolgsrezept der extremen und populistischen Rechtsparteien angesehen werden kann. Lässt sich tatsächlich eine solche Verbindung zwischen autoritären soziokulturellen Positionen und einen starken Sozialstaat stützenden, wenn auch ausgrenzenden, sozioökonomischen Positionen feststellen, die als „links-autoritär" oder „exkludierende Solidarität" etikettiert wurden (De Lange 2007; Lefkofridi/Michel 2014)? Dafür zeichnen wir die Entwicklung extremer und populistischer Rechtsparteien nach, gehen auf die Veränderungen ihrer Programmatik ein, geben Auskunft über die Entwicklung ihrer Wählerschaft und versuchen – soweit es möglich ist –, die Umsetzung der Programmatik in tatsächliche Maßnahmen einzuschätzen. Im Einzelnen werden entsprechende Entwicklungen in Frankreich, Österreich, Ungarn und den Niederlanden dargestellt.

2 Der französische Front National

Der *Front National* (FN) ist neben der FPÖ die älteste Partei der extremen Rechten in Westeuropa. Hervorgegangen aus der poujadistischen Bewegung der Kleinhändler und Handwerker der 1950er und 1960er Jahre, wurde der FN 1972 gegründet. Seine Ideologie basiert auf den folgenden Säulen: Gegen Einwanderung und gegen Islam einerseits, gegen das politische Establishment und gegen die Eliten andererseits. Im Sinne eines „Nationalpopulismus" – der Begriff stammt von Pierre-André Taguieff (2001) und wurde vom FN übernommen – fungiert das französische Volk als moralische Größe und ständige Referenz der Agitation und Propaganda.

Die Konfliktlinie Arbeit – Kapital: Von wachsender Bedeutung für die FN-Propaganda war bzw. ist neben den Konfliktlinien Staat – Kirche, Stadt – Land, Zentrum – Peripherie vor allem die Konfliktlinie Arbeit – Kapital. Wirtschaftspolitisch orientierte sich der FN bis Ende der 1980er Jahre an einem neoliberalen Mainstream bzw. er trat – in Anlehnung an historische Vorläufer, die nationalsozialistische Mittelstandspolitik – in erster Linie für eine Förderung des Mittelstands ein. Initiiert durch Bruno Mégret vollzog sich 1992 eine so genannte soziale Wende des FN. Fortan befasste sich der FN mit den Betrieben und unternahm den Versuch, sich in der Arbeitswelt zu verankern (Gauthier 2004, S. 66f.).

Die Präsidentenwahlen 1995, bei denen der FN in der Gruppe der Arbeiter*innen einen Stimmenanteil von 30 % verbuchen konnte (Perrinau 2001, S. 191f.), bestätigten ihn in seiner Strategie, vor allem diese Gruppe als soziale Basis zu erschließen. In der Absicht, kulturelle Hegemonie zu erlangen, um das Elektorat auszubauen, verknüpfte der FN das „Nationale" mit dem „Sozialen". Soziale Forderungen wurden an die „nationale Präferenz" gebunden, vor allem mit Blick auf die Stellenvergabe und hinsichtlich der Vergabe von Sozialleistungen und Sozialwohnungen (ebd., S. 67). Auch die Sozial- bzw. Arbeitslosenbewegung des Jahres 1996 veranlassten den FN dazu, sich positiv auf die sozialen Proteste beziehen zu wollen.

Nachdem der FN in den Jahren 2007 und 2009 Einbußen bei den Wahlen zu verzeichnen hatte, erfolgte 2011 der Wechsel an der Spitze. Marine Le Pen wollte nicht nur die aus ihrer Sicht antiquierten Ideologien des Antisemitismus überwinden, um den FN zu „entdiabolisieren", sondern sie versuchte gezielt, auch in der Gruppe der Arbeiter*innen und kleinen und mittleren Angestellten Wähler – und vor allem auch Wählerinnen – zu rekrutieren (Hentges/Nottbohm 2017). Bei den Europawahlen 2014 reüssierte der FN mit knapp 25 % der Stimmen und erzielte somit von allen Parteien Frankreichs das beste Ergebnis. Bei den Regionalwahlen, die im Dezember 2015 stattfanden, kam der FN sogar auf einen Stimmenanteil von 28 %. Und nicht zuletzt: Bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2017 haben in der Stichwahl Macron gegen Le Pen knapp 34 % aller Französinnen und Franzosen für den FN und Marine Le Pen gestimmt, in deren Parteilogo sich bezeichnenderweise eine sozialistische Rose in einem republikanischen Blau findet.

Erfolg mit sozialen Themen: Zurückgeführt werden die Wahlerfolge der Jahre 2014ff. darauf, dass Marine Le Pen versucht habe, ein neues Agenda-Setting zu betreiben – jenseits von rechts und links. Eine Analyse ihrer politischen Forderungen kam zu dem Ergebnis, dass sich 40 % ihrer Äußerungen auf wirtschaftliche und soziale Themen

https://doi.org/10.5771/0342-300X-2019-3-212
Generiert durch IP '18.118.210.108', am 24.02.2025, 09:09:02.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

beziehen (Kempin 2017). Somit hat sie – zumindest auf der rhetorischen Ebene – einen Paradigmenwechsel durchgeführt. Sie fordert eine Nationalisierung der Banken, der Rüstungsindustrie und anderer Industriezweige sowie eine Einführung von Schutzzöllen, um die einheimische Landwirtschaft und Industrie zu schützen. Neben diesen Forderungen nach Nationalisierung tritt sie für eine Aufkündigung von Freihandelsabkommen ein und plädiert in einem 2014 mit dem „Spiegel" geführten Interview für einen „intelligenten Protektionismus". Ferner fordert sie die Erhöhung der Sozialleistungen und die Einführung einer Steuer auf Verträge mit ausländischen Arbeitnehmer*innen (Bergmaier 2017). Der FN will mit diesen Instrumenten die Globalisierung zurückdrängen und die Macht der EU-Institutionen einschränken. Le Pen kritisiert die EU als „durchlässiges Europa" und als „Europa der Arbeitslosigkeit", die EU sei ein „totalitäres System" und ein „wirtschaftliches und soziales Desaster" (Kempin 2017). Bezogen auf Fragen der Privatisierung tritt Le Pen für die Stärkung des öffentlichen Dienstes ein. Damit adressiert sie Arbeiter*innen und kleine oder mittlere Angestellte recht erfolgreich: Im Dezember 2015 gaben 40 % aller Arbeiter*innen und 30 % aller Angestellten im öffentlichen Dienst an, für Le Pen zu stimmen (ebd.).

Fazit: Wie ist eine solche Entdeckung der „sozialen Frage" einzuschätzen? Handelt es sich hier um „exkludierende Solidarität" und/oder um blanke soziale Demagogie? Es besteht kein Zweifel daran, dass Solidarität im Verständnis des FN eine exklusive ist, sodass in erster Linie – oder ausschließlich – Angehörige des französischen Volks in den Genuss dieser Solidarität kommen sollten – ein Phänomen, das die Neue Zürcher Zeitung wie folgt kommentierte: „Wollte man Le Pens Gemisch mit gängigen Begriffen beschreiben, müsste man es folglich […] ‚national-sozialistisch' nennen", denn außer Französinnen und Franzosen solle kein anderer davon profitieren (Mäder 2016).

Mit Blick in die vom FN regierten Regionen lässt sich von einer Hinwendung zur „sozialen Frage" wenig spüren. Im Gegenteil: „Auf der Ebene der regierten Gemeinden ist die klare antisoziale und wirtschaftsliberale Orientierung der Partei ohnehin am besten sichtbar." (Chwala 2017) Das große Ziel bestehe darin, die alte FN-Forderung nach einer massiven Steuersenkung für die Wähler*innen der Mittelklasse zu realisieren. Dies führe dazu, dass städtische Subventionen für soziale Aufgaben massiven Kürzungen zum Opfer fallen. So werden z. B. die Sozialtarife in den Schulkantinen ebenso gestrichen wie Mittel zur Anschaffung von Lehrmaterialien, nachschulische Betreuung wurde kostenpflichtig, und Personal in Sozialzentren wurde entlassen. Erwerbslose, einkommensschwache Familien oder Jugendliche und junge Erwachsene sind die Leidtragenden. Passend dazu ist die Aussage des FN-Bürgermeisters von Mantes-la-Ville, Cyril Nauth: Die Finanzierung kommunaler Sozialpolitik sei fast schon eine „kommunistische Angelegenheit" (zit. nach Chwala 2017).

3 Die Freiheitliche Partei Österreichs

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) trat ab den 1980er Jahren als populistische, radikale Rechtspartei auf (Peham 2010; Wodak 2016; Sauer 2017): Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus zeigten sich in der Programmatik, in der politischen Kommunikation und in den zunehmend gegen Ausländer*innen gerichteten Wahlkämpfen. Ziel ist ein „gesundes" und „reines" Volk auf Basis heterosexueller Zweigeschlechtlichkeit; der explizite Bezug zur „deutschen Volksgemeinschaft" wurde im Jahr 2011 wieder ins Parteiprogramm aufgenommen. Eine doppelte Abgrenzung gegenüber den gesellschaftlichen Eliten einerseits und den als unwürdig gebrandmarkten Armen andererseits ist verbunden mit anti-pluralistischen und autoritären Positionen.

Vom Neoliberalismus zur sozialen Frage: War die FPÖ früher ein prominentes Beispiel für die Kombination von neoliberalen Positionen in sozio-ökonomischen Themenbereichen und autoritären Haltungen in soziokultureller Hinsicht (Kitschelt/McGann 1995), so nahm die Partei in den 1990er Jahren ihre neoliberale wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung zurück, um sich stärker auf soziale Fragen zu beziehen. Dies wurde etwa an der Verwendung des Slogans „soziale Heimatpartei" in der Wahlwerbung deutlich. Jörg Haider, der den Umbau der Partei zu einer rechtspopulistischen Partei mit einer Nähe zum Rechtsextremismus ab 1986 vorangetrieben hatte, verfolgte als Landeshauptmann von Kärnten eine ausgesprochen populistische Sozialpolitik und rief neue Leistungen wie „Teuerungsausgleich", „Geburtengeld", „Jugendtausender" oder „Schulstartgeld"[1] ins Leben. Im Unterschied zum französischen Front National tritt die FPÖ aber nicht für Verstaatlichungen oder einen großzügigen Wohlfahrtsstaat ein. Vielmehr bleiben ihre ökonomischen Botschaften dem Neoliberalismus verbunden, insofern sie einen „schlanken Staat" und Steuersenkungen verlangt (Lefkofridi/Michel 2014).

Der Widerspruch zwischen diesen Positionen und der Hinwendung zur „sozialen Frage" wird vordergründig durch die Forderung nach nationaler Präferenz aufgelöst. So lehnt die FPÖ in ihren programmatischen Schriften die Einbeziehung von „Ausländern" in die österreichische Arbeitslosenversicherung ab. Für den „vorübergehenden Aufenthalt" der „Gastarbeiter" sollte ein getrenntes Sozialversicherungssystem eingerichtet werden – „ohne Fehlbetragsausgleich durch die öffentliche Hand" (FPÖ-Bildungsinstitut 2013, S. 113). In der Familienpolitik fordert die FPÖ u. a. ein „Erziehungsgehalt für inländische Fami-

1 https://orf.at/stories/3053341 (letzter Zugriff: 22. 02. 2019)

https://doi.org/10.5771/0342-300X-2019-3-212
Generiert durch IP '18.118.210.108', am 24.02.2025, 09:09:02.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

lien“ und argumentiert dabei völkisch: „Dies ist […] eine Frage des Überlebens unseres Volkes.“ (ebd., S. 147)

Die Mobilisierung des Wohlfahrtschauvinismus, v. a. mit dem Slogan: „Zuwanderung in unser Sozialsystem stoppen“[2], scheint zum Wahlerfolg der nunmehr zwei rechtspopulistischen Parteien, FPÖ und ÖVP (Österreichische Volkspartei), beigetragen zu haben. Damit wird mit der Ablehnung der Immigration zugleich eine positive Haltung zum Sozialstaat signalisiert. Jedoch kann im Hinblick auf die FPÖ von einer „links-autoritären“ Wende einer extremen und populistischen Rechtspartei (Lefkofridi/Michel 2014) keine Rede sein. Das erste Jahr der Regierungsbeteiligung nach der Wahl 2017 erinnert vielmehr an die Jahre 2000 bis 2006, in denen die FPÖ als Regierungspartei am Rückbau des Sozialstaats beteiligt war. Eine besonders heftige öffentliche Auseinandersetzung hat im Jahr 2018 die weitere Deregulierung der Arbeitszeit ausgelöst. So wurden 2018 die tägliche Höchstarbeitszeit auf zwölf und die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 60 Stunden angehoben sowie eine Kürzung der Mindestsicherung für Anfang 2019 angekündigt.

„Proletarisierung“ der Wählerschaft? Inwiefern trifft auf Österreich die These der „Proletarisierung“ rechtspopulistischer Parteien (Oesch 2008) zu? Der Anteil der Arbeiter*innen, welche die FPÖ wählen, ist Wahlanalysen zufolge seit 2006 erheblich angestiegen und erreichte bei der Nationalratswahl 2017 sogar 59 %. Dagegen wählten nur 19 % der Arbeiter*innen die SPÖ. Auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern gibt es einen erheblichen Anteil an FPÖ-Wähler*innen. 31 % der Mitglieder des Österreichischen Gewerkschaftsbunds haben 2017 die FPÖ und 35 % die SPÖ gewählt (Wagner et al. 2018). Insgesamt gaben FPÖ-Wähler*innen als häufig diskutierte Wahlkampfthemen „Asyl und Migration“ (88 %), „Sicherheit“ (69 %) und „Sozialleistungen“ (60 %) an (SORA 2018). Dies deutet darauf hin, dass es der FPÖ erfolgreich gelungen ist, Fragen der staatlichen Sicherung mit dem Migrationsthema zu verknüpfen.

Betrachtet man wohlfahrtsstaatliche Einstellungen in Zusammenhang mit Parteipräferenzen, so zeigen Analysen des SOCRIS-Projekts[3], dass die von Wähler*innen vertretenen Solidaritätskonzepte nur teilweise mit den Programmen der von ihnen bevorzugten Parteien übereinstimmen. So sprechen sich einerseits Personen mit nicht-solidarischer Haltung oder ausgeprägt wohlfahrtschauvinistischen Positionen besonders häufig für die FPÖ oder ÖVP aus. Andererseits sind aber auch viele, die eine universell-solidarische Haltung ausdrücken, sich also klar gegen Ausgrenzung nach nationalen oder ethnischen Gesichtspunkten aussprechen, dazu bereit, die FPÖ zu wählen. Dies spricht gegen die These, dass extreme und populistische Rechtsparteien einen bestehenden Pool klarer Orientierungen ausschöpfen, etwa im Sinne eines „linken Autoritarismus“ (Lipset 1959; Lefkofridi/Michel 2014).

Fazit: Inwiefern passen also die Etiketten „links-autoritär“ oder „exkludierende Solidarität“ auf die FPÖ? Im Unterschied zum Front National finden sich kaum vermeintlich „linke“ sozio-ökonomische Positionen. Vielmehr wird die Bezugnahme auf den Sozialstaat überwiegend als Mittel zur Mobilisierung gegen Migrant*innen und insbesondere Menschen auf der Flucht genutzt. Soziale Absicherung wird rhetorisch so mit dem „Ausländer-“ und „Flüchtlingsthema“ verbunden, dass Kürzungen nicht gegen die „Inländer*innen“ gerichtet erscheinen. Während die FPÖ – und auch die ÖVP – also exkludierende Haltungen vertreten und in der Bevölkerung mobilisieren, kann von Solidarität, insbesondere im Sinne der institutionalisierten Solidarität des Sozialstaats, keine Rede sein (Hofmann et al. 2019). Zugleich scheint dies als Erklärung für den Wahlerfolg nicht auszureichen; die extreme und populistische Rechte in Österreich gewinnt Stimmen auch abseits von Xenophobie und Wohlfahrtschauvinismus .

4 Jobbik und Fidesz in Ungarn

Jobbik (Bewegung für ein besseres Ungarn) wurde 1999 von rechten Studierenden gegründet, positionierte sich als explizit rechtsradikale Partei und wählte die Roma-Bevölkerung zum Feindbild. Die krisenhaften Entwicklungen ab 2008, Korruptionsskandale, ein politisch genutzter Mord in Olaszliszka, aber auch die Radikalisierung der heutigen Regierungspartei Fidesz brachten Jobbik einen Wahlerfolg von über 20 % der Stimmen bei den Parlamentswahlen im Jahr 2014 (Tóth/Grajczjár 2015). Die Partei ist insbesondere durch ihren Widerstand gegen den Liberalismus des europäischen Binnenmarkts und gegen die liberale parlamentarische Demokratie gekennzeichnet. Ihre nationalistische Programmatik ist auf einen „dritten Weg“ ausgerichtet und verbindet die Betonung des Kleinunternehmertums mit der Forderung nach einem starken Wohlfahrtsstaat für „hart arbeitende“ Bürger*innen unter Ausschluss von Minderheiten wie Roma und Sinti (Karácsony/Róna 2011). Doch Jobbik verlor den Kampf um die radikalen Rechtswähler*innen gegen Fidesz und versuchte sich in den letzten Jahren als „nationale Volkspartei“ (Gábor Vona zit. nach Kálnoky 2016) darzustellen. Die Partei gab die antisemitische und Anti-Roma-Rhetorik auf und nahm sozialpolitisch im Vergleich zu Fidesz eine eher

2 http://www.krone.at/584891; http://www.fpoe-parlamentsklub.at/artikel/hc-strache-schluss-mit-einwanderung-in-unser-sozialsystem (letzter Zugriff: 22. 02. 2019)

3 Das Projekt SOCRIS – „Solidarität in Zeiten der Krise“ – wird von 2017 bis 2019 in Österreich und Ungarn durchgeführt und vom österreichischen Wissenschaftsfonds FWF (Projektnummer I 2698-G27) und vom ungarischen Wissenschaftsfonds OTKA finanziert.

https://doi.org/10.5771/0342-300X-2019-3-212
Generiert durch IP '18.118.210.108', am 24.02.2025, 09:09:02.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„linke“ (aber national und ethnisch exkludierende) Position ein (Szikra/Domschitz 2018).

Die populistische Rechtspartei Fidesz erreichte nach dem Rücktritt von Premierminister Gyurcsány infolge der Krise von 2008 und wegen der Korruptionsskandale praktisch ohne Programm eine Zwei-Drittel-Mehrheit bei den Parlamentswahlen von 2010. Die Machtübernahme wird generell als autokratische Wende in allen Politikbereichen bezeichnet (Kornai 2016). Der Parteivorsitzende Viktor Orbán setzte eine nationalistische und ausgrenzende Radikalisierung in Ungarn in Gang. Durch die Umsetzung von Teilen des Jobbik-Programms nahm er dieser rechtsextremen Partei den Wind aus den Segeln und beförderte einen gesellschaftlichen Umbau (Political Capital 2015). Orbán sicherte seiner Partei die sehr weit gehende Kontrolle über die Medien (Bajomi-Lázár 2013), etablierte ein Patronage-System ungarischer Oligarchen nach Vorbild des Putinismus (Oliker 2017), setzte eine nationalistische Ausrichtung des Bildungssystems durch und schränkte die Unabhängigkeit der Wissenschaft ein.

Sozialpolitik für obere Mittelschichten: Der „illiberale“ Staat hat zudem eine bedeutende sozialpolitische Komponente: Unterstützung von Arbeitslosen wird an demütigende öffentliche Arbeitseinsätze gebunden, die eine Rückkehr in die reguläre Arbeitswelt erschweren (Cseres-Gergely/Molnár 2014). Der Zugang zu Transferleistungen für Familien mit niedrigem Einkommen wurde stark beschränkt, was insbesondere untere Klassen und Roma-Familien betrifft, während besser gestellte Familien ermuntert werden, mehr Kinder zu bekommen (Szeredi 2013). Die niedrige *flat tax* bevorzugt Personen mit einem höheren Einkommen, während die höchste Umsatzsteuer Europas besonders auf den ärmsten Gruppen der Bevölkerung lastet. Bei den Veränderungen im Pensionssystem stechen die Anhebung des Pensionseintrittsalters, die Senkung der Pensionshöhe und die Einschränkungen beim Zugang zu Invaliditätspensionen hervor (Lugosi 2018). Ende 2018 wurde in Ungarn auf gesetzlichem Weg die Zahl der zulässigen jährlichen Überstunden von 250 auf 400 erhöht. Damit wurde, von Protesten begleitet, wie in Österreich eine gegen Arbeitnehmer*innen gerichtete Arbeitszeitpolitik umgesetzt.

Die Zielgruppen von Fidesz sind also die oberen (Mittel-)Schichten, die die Profiteure der staatlichen Umverteilung sind. Die unteren Klassen und Deprivierten werden von Fidesz aber auch nicht völlig ignoriert. Vielmehr sollen sie in einer korporativen Logik vom Staat abhängig und erpressbar gemacht werden: Dies geschieht durch Verpflichtung zu bzw. Zuteilung von öffentlicher Arbeit, die jedoch lediglich ein materielles Auskommen auf niedrigstem Niveau sichert. Die betroffenen Menschen haben vielfach die Aussicht auf eine mögliche Verbesserung ihrer Lebensbedingungen verloren und verbleiben resigniert in der staatlichen Abhängigkeit.

*Die Wähler*innen von Jobbik und Fidesz:* Die Ergebnisse der SOCRIS-Untersuchung zeigen, dass Jobbik-Wähler*innen mehrheitlich Männer aus jüngeren Altersgruppen sind, die in kleineren Städten und Siedlungen leben. Sie fühlen sich depriviert, aber sind nicht eindeutig die Verlierer*innen der Krise. Sie weisen stark exklusive Einstellungen (soziale Dominanzorientierung, Autoritarismus, Wohlfahrtschauvinismus, Intoleranz) auf. Im Hinblick auf das von ihnen vertretene Solidaritätsmuster argumentiert eine relative Mehrheit insofern „ethnisch und national exklusiv“, als etwa die Hälfte der Jobbik-Wähler*innen für weniger staatliche Hilfe für Roma und Sinti sowie Flüchtlinge eintritt.

Fidesz-Wähler*innen rekrutieren sich vor allem aus dem ländlichen Raum, und ihr subjektiver Status (subjektive Wohlfahrt, Anerkennungsgefühl und soziale Bindungen) ist ausgesprochen hoch. Sie weisen ein noch höheres Autoritarismus-, Xenophobie- (Intoleranz) und Ethnozentrismus-Niveau als Jobbik-Wähler*innen auf. Sie sind auch durch Wohlfahrtschauvinismus zu charakterisieren, wenngleich in niedrigerem Maße als Jobbik-Wähler*innen. Häufiger als der Durchschnitt der Bevölkerung sprechen sie sich gegen einen Ausbau der staatlichen Transferzahlungen zugunsten von Arbeitslosen sowie Sinti und Roma aus und sind auch mehrheitlich (65 %) gegen die Unterstützung der Flüchtlinge.[4] Fidesz-Wähler*innen sind in der Gruppe der nicht-solidarischen Befragten deutlich überrepräsentiert.

Fazit: Ungarn ist kein Beispiel für den Übergang der extremen und populistischen Rechtsparteien von einer neoliberalen Politik zu einer Verteidigung des Wohlfahrtsstaats. Während den Mittelschichten Zugeständnisse gemacht wurden, sind ärmere Menschen sowie Roma und Sinti mit Sozialabbau konfrontiert. Das „links-autoritäre Erfolgsrezept“ wurde hier offensichtlich nur eingeschränkt eingesetzt, vielmehr kombiniert die regierende Fidesz-Partei eine nationalistische, rassistische, antisemitische, antiziganistische und autoritäre Politik mit Sozialabbau und Neokonservatismus (Csillag/Szelényi 2015).

5 Die Partij voor de Vrijheid (PVV) in den Niederlanden

Aufgrund parteiinterner Streitigkeiten und Tendenzen der Selbstauflösung der Lijst Pim Fortuyn (LPF) traten bereits 2006 andere konkurrierende rechtspopulistische Formationen zu den Parlamentswahlen an, die für sich in Anspruch nahmen, das Erbe Pim Fortuyns zu repräsentieren. Eine der Parteien – und zugleich die erfolgreichste – dieses

4 Im Vergleich zu den Jobbik-Wähler*innen sprechen sich die Fidesz-Wähler*innen signifikant stärker gegen die Unterstützung von Flüchtlingen aus.

https://doi.org/10.5771/0342-300X-2019-3-212
Generiert durch IP '18.118.210.108', am 24.02.2025, 09:09:02.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Spektrums war die Partij voor de Vrijheid (PVV). Bei den Wahlen zum Europaparlament (EP) 2014 erzielte sie aus dem Stand heraus 17 % aller Stimmen und zog mit vier Abgeordneten in das EP ein. Bei den Parlamentswahlen 2017 konnte die PVV ca. drei Prozentpunkte hinzugewinnen, erzielte einen Stimmenanteil von ca. 13 % und ist derzeit mit 20 Abgeordneten als zweitstärkste Kraft im Parlament vertreten.

Die Programmatik der PVV verknüpft den Kampf gegen den Islam (bzw. den Islamismus) mit einem Kampf gegen die „Masseneinwanderung". Im aktuellen Programm werden die Niederlande „zurückgefordert" („The Netherlands ours again"). Parteichef Geert Wilders fordert eine De-Islamisierung der Niederlande, null Asylsuchende und keine Einwanderer aus islamisch geprägten Ländern, Schließung der Grenzen, Entzug aller *asylum residence permits,* die bereits für bestimmte Zeiträume ausgestellt worden sind, Schließung der Asylzentren, keine islamischen Kopftücher in öffentlichen Funktionen, Verbot von anderen islamischen Ausdrucksformen, präventive Verhaftung von radikalen Muslimen, Entzug der Staatsangehörigkeit und Ausweisung von Kriminellen mit einer doppelten Staatsangehörigkeit, Rückkehrverbot für Djihadisten, die in Syrien waren, Schließung aller Moscheen und Islamschulen sowie Verbot des Korans. Mit einem Austritt aus der EU sollen die Niederlande wieder unabhängig werden.[5]

Neben diesen Forderungen, die sich gegen Muslime und Geflüchtete richten – generell gegen Islam und Religionsfreiheit –, finden sich auch wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen, die zusammenhanglos nebeneinander stehen und demnach nicht in ein sozialpolitisches Konzept eingebunden sind: So sollen der Eigenanteil an der Krankenversicherung (knapp 400 € pro Jahr) komplett abgeschafft und die Mieten reduziert werden. Beim Renteneintrittsalter, das zum 1. Januar 2018 zunächst auf 66 Jahre angestiegen ist, ab 2021 bei 67 Jahren liegen und ab 2022 jährlich um drei Monate angehoben werden soll, fordert Wilders, es wieder auf 65 Jahre herabzusetzen. Kürzungen in der häuslichen Pflege und Altenpflege sollten wieder zurückgenommen und die Altenpflege soll personell besser ausgestattet werden. Ferner fordert Wilders geringere Einkommensteuern und eine Halbierung der Kfz-Steuer. In Zukunft sollen keine öffentlichen Gelder für Entwicklungshilfe, Windkraft, Kunst, Innovationen oder Rundfunk ausgegeben werden. Stattdessen verlangt er mehr Geld für Verteidigung und Polizei.

„Exkludierende Solidarität": Die PVV tritt dafür ein, dass in erster Linie alteingesessene Niederländer*innen von Sozialleistungen profitieren. Migrantinnen und Migranten hingegen sollten erst nach einem Jahrzehnt Wohnen und Arbeiten in den Niederlanden einen Anspruch auf staatliche Unterstützung erhalten. Auszuschließen von staatlichen Transferleistungen seien Burka-Trägerinnen und jene, die nicht die niederländische Sprache beherrschen.

Wilders' Entdeckung der „sozialen Frage" oder – besser gesagt – seine Hinwendung zur sozialen Demagogie ist neueren Datums. Während Wilders einerseits den Versuch unternimmt, die soziale Frage auf die Agenda zu setzen, plädierte er andererseits noch vor einiger Zeit für wirtschaftsliberale Forderungen: Deregulierung, Zurückdrängung des staatlichen Einflusses, Steuersenkungen und Steuererleichterungen für den Mittelstand, Bürokratieabbau und Kürzungen von Sozialausgaben. Der Paradigmenwechsel, den Wilders in den letzten Jahren vollzogen hat – vor allem in Abgrenzung zu der rechtsliberalen Partei VVD – ist zwar wenig glaubwürdig, die Wahlergebnisse zeigen aber, dass es ihm gelungen ist, mittels dieser sozialen Demagogie Arbeiter*innen als PVV-Wähler*innen zu gewinnen.[6]

Wer wählt die PVV? Neuere sozialwissenschaftliche Studien kommen zu der folgenden Typologie von PVV-Wählerinnen und Wählern (Damhuis 2017; Steppart 2017):

„Zurückgesetzte": In diese Gruppe fallen geringer qualifizierte Menschen vornehmlich aus den unteren sozialen Schichten, die früher für eine Partei im linken Spektrum votiert haben und die sich nunmehr zurückgesetzt fühlen. – „Kontributionisten": Bei dieser Gruppe handelt es sich um Unternehmer und Arbeitnehmer (beiderlei Geschlechts), die der Überzeugung sind, für die Gesellschaft viel beigetragen zu haben und zu hohe Steuern zu zahlen; sie glauben, dass Migranten eine Belastung darstellen. – „Radikal Konservative": Diese Gruppe umfasst Menschen aus höheren Schichten mit einem hohen formalen Bildungsniveau. Gemeinsam ist ihnen ein ideologischeres Verhältnis zur Politik; sie empfinden ihre niederländische Identität und die Demokratie als bedroht und entwickeln auf diesem Weg eine Affinität zur PVV.

Diese soziale Basis findet sich auch in der Auswertung der Parlamentswahlen vom März 2017 wieder. Bürger*innen, die ein niedriges Ausbildungsniveau aufweisen, sind in der Gruppe der PVV-Wähler überrepräsentiert. In der Gruppe der niedrig Qualifizierten erreicht die Partei einen Stimmenanteil von 23 %. In der Gruppe der Bürger*innen mit einem mittleren Ausbildungsniveau ist die PVV mit 15 % der Stimmen leicht überrepräsentiert. Und in der Gruppe jener mit einem hohen Ausbildungsniveau finden sich nur unterdurchschnittlich viele PVV-Wähler*innen (6 %) (Krause/Wilp 2018; Vossen 2017, S. 116ff.).

5 https://www.geertwilders.nl/94-english/2007-preliminary-election-program-pvv-2017-2021 (letzter Zugriff: 22. 02. 2019)

6 https://www.sozialismus.de/detail/artikel/rechtspopulisten-in-betrieb-und-gesellschaft (letzter Zugriff: 22. 02. 2019)

https://doi.org/10.5771/0342-300X-2019-3-212
Generiert durch IP '18.118.210.108', am 24.02.2025, 09:09:02.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

6 Resümee

Dieser Beitrag hatte einen Überblick über vier EU-Mitgliedstaaten zum Ziel, in denen extreme und populistische Rechtsparteien politisch erfolgreich sind. Die zentrale Fragestellung war, inwiefern diese Parteien ihre früheren neoliberalen Positionen abgelegt haben und in Verbindung mit Wohlfahrtschauvinismus für die Absicherung und den Ausbau des Wohlfahrtsstaats eintreten. Zugespitzt formuliert: Haben wir es mit nationalistischen und „links-autoritären" Parteien zu tun, denen es durch die Verbindung von „linker" sozio-ökonomischer und „rechter" sozio-kultureller Politik gelang, zu „neuen Arbeiterparteien" zu werden?

Als Musterbeispiel einer „links-autoritären" Wende wird öfters der französische Front National angeführt. Forderungen nach Verstaatlichungen, nach Protektionismus und der Aufrechterhaltung des öffentlichen Dienstes passen ins Bild. Auch konzentriert sich der FN unter Marine Le Pen nicht mehr auf den alten Mittelstand, sondern versucht, die Arbeiter*innen für sich zu gewinnen. Die „nationale Präferenz" in der Sozialpolitik nimmt die Ausländerfeindlichkeit und den Rassismus auf. Doch die neue sozialpolitische Ausrichtung bleibt auf das Programm und die Forderungen in Wahlkämpfen beschränkt und findet dort keine Umsetzung, wo der FN auf kommunalpolitischer Ebene Regierungsverantwortung trägt.

In abgeschwächter Form entspricht die FPÖ dem Muster des FN: Nach einer deutlich neoliberalen Ausrichtung versucht sie seit den 1990er Jahren, als „soziale Heimatpartei" breitere Wählerschichten insbesondere unter den Arbeiter*innen und Angestellten anzusprechen. Ihre Programmatik geht in dieser Hinsicht aber nicht so weit. Sozialpolitische Argumente zielen nicht auf die Stärkung des Sozialstaats ab, sondern auf die Mobilisierung ausländerfeindlicher Ressentiments. Seit Anfang 2018 in Regierungsverantwortung setzt die FPÖ gemeinsam mit der nun ebenfalls rechtspopulistisch agierenden ÖVP eine deutlich neoliberal ausgerichtete Politik um. Das Migrations- und Flüchtlingsthema dient nicht dazu, einen Sozialstaat mit „nationaler Präferenz" zu sichern, sondern unter dem Vorwand, die „Einwanderung in unseren Sozialstaat" zu verhindern, sozialstaatliche Leistungen für alle einzuschränken.

In Ungarn fand sich die rechtsextreme Partei Jobbik in der Situation, dass Orbáns Fidesz zahlreiche Forderungen der Jobbik übernahm und politisch umsetzte. Somit unternahm Jobbik den Versuch, sich als „nationale Volkspartei" neu zu positionieren und sozialpolitische Forderungen für die nationale und ethnische Eigengruppe zu erheben – garniert mit offenem Rassismus. Fidesz hingegen entspricht der These von der „links-autoritären Wende" nicht. Die Partei bedient mit ihrem Klientelismus die oberen und mittleren Schichten. Sozialpolitik wurde dem autoritären Umbau der Gesellschaft untergeordnet.

Das Beispiel der niederländischen PVV schließlich zeigt, dass insbesondere Geert Wilders in der politischen Rhetorik eine starke Wendung weg vom Neoliberalismus vollzogen hat. In seiner Rhetorik verbindet er (antimuslimischen) Rassismus mit einer eher inkohärenten Sammlung von Forderungen nach einer sozialpolitischen Absicherung. Hier finden wir Anklänge an das Prinzip der „exkludierenden Solidarität" – zumindest als soziale Demagogie.

Insgesamt zeigt der Überblick über die vier Länder eine gewisse Einheitlichkeit im Hinblick auf den Wohlfahrtschauvinismus. Die extremen und populistischen Rechtsparteien sprechen sich gegen Einwanderung und gegen den Zugang von Migrant*innen zum nationalen Sozialsystem aus. Groß sind die Unterschiede zwischen den Parteien jedoch im Hinblick auf ihre Haltung gegenüber dem Sozialstaat. Während beim französischen Front National sehr ausgeprägt und bei der niederländischen PVV in Ansätzen eine Positionierung pro Wohlfahrtsstaat ausgemacht werden kann, wurde die entsprechende Rhetorik von der österreichischen FPÖ inzwischen der Regierungsbeteiligung geopfert. Die ungarische Fidesz wiederum hat die vermutete „links-autoritäre Wende" überhaupt nicht mitgemacht. Insgesamt ist also Vorsicht vor solchen Etikettierungen geboten. Dies trifft vor allem auch auf „exkludierende Solidarität" zu: Zumeist zeigt sich zwar viel Exklusion, aber keine oder wenig Solidarität. ■

LITERATUR

Bajomi-Lázár, P. (2013): The party colonisation of the media: The case of Hungary, in: East European Politics & Societies 27 (1), S. 69–89

Becker, K. / Dörre, K. / Reif-Spirek, P. (Hrsg.) (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt a. M.

Bergmaier, A. (2017): Der Front National. Eine ‚entdiabolisierte' Partei?, http://trulies-europe.de/?p=949

Butterwegge, C. / Hentges, G. / Wiegel, G. (2018): Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD, Frankfurt a. M.

Chwala, S. (2017): Der Front National – Metamorphosen und Skandale einer ›neurechten‹ Partei, in: Luxemburg, März 2017, https://www.zeitschrift-luxemburg.de/der-front-national-metamorphosen-und-skandale-einer-neurechten-partei/print

Cseres-Gergely, Z. / Molnár, G. (2014): Közmunka, segélyezés, elsődleges és másodlagos munkaerőpiac, in: Kolosi, T. / Tóth, I. G. (Hrsg.): Társadalmi riport 2014, Budapest, S. 204–225

Csillag, T. / Szelényi, I. (2015): Drifting from liberal democracy: Traditionalist/neoconservative ideology of managed illiberal democratic capitalism in post-communist Europe, in: Intersections. East European Journal of Society and Politics 1 (1), S. 18–48

Damhuis, K. (2017): Wegen naar Wilders, Amsterdam

Domschitz, M. / Szikra, D. (2018): A Jobbik szociálpolitikája, in: Esély: Társadalom és Szociálpolitikai Folyóirat 29 (2), S. 29–58

Flecker, J. (Hrsg.) (2007): Changing working life and the appeal of the extreme right, Aldershot

FPÖ-Bildungsinstitut (2013): Handbuch freiheitlicher Politik. Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs, https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf

Gauthier, E. (2004): „Front National", flexibler Kapitalismus und Krise der Politik, in: Bischoff, J. / Dörre, K. / Gauthier, E. (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg, S. 45–75

Hentges, G. / Meyer, M. (2002): Right-wing extremist attitudes in Germany. Consequences of competitive nationalism and neoliberalism, Köln

Hentges, G. / Nottbohm, K. (2017): Die Verbindung von Antifeminismus und Europakritik. Positionen der Parteien „Alternative für Deutschland" und „Front National", in: Hentges, G. / Nottbohm, K. / Platzer, H. W. (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog, Wiesbaden, S. 167–208

Hofmann, J. / Altreiter, C. / Flecker, J. / Schindler, S. / Simsa, R. (2018): Symbolic struggles over solidarity in times of crisis: Trade unions, civil society actors and the political far right in Austria, in: European Societies (in Vorbereitung)

Kálnoky, B. (2016): Ungarns rechte Jobbik-Partei will salonfähig werden, in: Die Welt vom 31. 05. 2016, https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article155828469/Ungarns-rechte-Jobbik-Partei-will-salonfaehig-werden.html

Karácsony, G. / Róna, D. (2011): The secret of Jobbik. Reasons behind the rise of the Hungarian radical right, in: Journal of East European & Asian Studies 2 (1), S. 61–92

Kempin, R. (2017): Der Front National- Eine feste politische Größe in Frankreich: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Rechtspopulismus vom 30. 03. 2017, http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/245672/der-front-national-eine-feste-politische-groesse-in-frankreich

https://doi.org/10.5771/0342-300X-2019-3-212
Generiert durch IP '18.118.210.108', am 24.02.2025, 09:09:02.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kitschelt, H. / McGann, A. J. (1995): The radical right in Western Europe: A comparative analysis, Ann Arbor
Kornai, J. (2016): Még egyszer a "rendszerparadigmáról".Tisztázás és kiegészítések a posztszocialista régió tapasztalatainak fényében, in: Közgazdasági Szemle 63 (10), S. 1074–1119
Krause, A. / Wilp, M. (2018): Die Stimme der Unzufriedenheit. Die Partij voor de Vrijheid , in: Wielenga, F. / van Baalen, C. / Wilp, M. (Hrsg.): Eine zersplitterte Landschaft. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart niederländischer politischer Parteien, Amsterdam, S. 157–180
Kriesi, H. (2012): Restructuring the national political space: the supply side of national electoral politics, in: Kriesi, H. / Grande, E. / Dolezal, M. / Helbling, M. / Höglinger, D. / Hutter, S. / Wüest, B. (Hrsg.): Political Conflict in Western Europe, Cambridge, S. 96–126
de Lange, S. L. (2007): A new winning formula? The programmatic appeal of the radical right, in: Party Politics 13 (4), S. 411–435
Le Pen, M. (2014): „Achtung, Frau Merkel", in: Der Spiegel 23/2014, S. 82–85
Lefkofridi, Z. / Michel, E. (2014): Exclusive solidarity? Radical right parties and the welfare state: European University Institute, EUI Working Papers, EUI RSCAS 120/2014, Fiesole, http://cadmus.eui.eu/handle/1814/33877
Lipset, S. M. (1959): Democracy and working-class authoritarianism, in: American Sociological Review 24 (4), S. 482–501
Loch, D. / Norocel, O. C. (2015): The populist radical right in Europe. A xenophobic voice in the global economic crisis, in: Guiraudon, V. / Ruzza, C. / Trenz, H. J. (Hrsg.): Europe's prolonged crisis: The making or the unmaking of a political union, London, S. 251–269
Lugosi, N. (2018): Radical right framing of social policy in Hungary: between nationalism and populism, in: Journal of International and Comparative Social Policy 34 (3), S. 1–24
Mäder, C. (2016): National und sozialistisch, in: Neue Zürcher Zeitung vom 27. 02. 2016, https://www.nzz.ch/feuilleton/aktuell/national-und-sozialistisch-1.18701977
Oesch, D. (2008): Explaining workers' support for right-wing populist parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland, in: International Political Science Review 29 (3), S. 349–373
Oliker, O. (2017): Putinism, populism and the defence of liberal democracy, in: Survival 59 (1), S. 7–24
Peham, A. (2010): Die zwei Seiten des Gemeinschaftsdünkels. Zum antisemitischen Gehalt freiheitlicher Identitätspolitik im Wandel, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 39 (4), S. 467–481
Perrinau, P. (2001): Die Faktoren der Wahldynamik des Front National, in: Loch, D. / Heitmeyer, W. (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt a. M., S. 186–205
Plehwe, D. (2017): „Alternative für Deutschland". Alternativen für Europa?, in: Hentges, G. / Nottbohm, K. / Platzer, H. W. (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog, Wiesbaden, S. 249–269
Political Capital (2015): Jobbik's policy proposals realized by Fidesz: A summary in 10 points, 15. 05. 2015, http://deconspirator.com/2015/05/15/jobbiks-policy-proposals-realized-by-fidesz-a-summary-in-10-points
Sauer, B. (2017): Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht, in: Politische Vierteljahresschrift 58 (1), S. 1–20
SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2018): Election analyses, http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen.html (letzter Zugriff: 20. 08. 2018)
Steppat, T. (2017): Wer wählt eigentlich Wilders?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 03. 2017, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/f-a-z-woche-wer-waehlt-eigentlich-wilders-14922419.html
Szeredi, P. (Hrsg.) (2013): Forradalom volt? Tanulmánykötet a második Orbán-kormány harmadik évéről, Budapest
Taguieff, P.-A. (2001): Populisme, nationalism, national-populisme. Reflexions critiques sur les approches, les usages et les modèles, in: Delannoi, G. / Taguieff, P.-A. (Hrsg.): Nationalismes en perspectives, Paris, S. 303–407
Tóth, A. / Grajczjár, I. (2015): The rise of the radical right in Hungary, in: Krasztev, P. / van Til, J. (Hrsg.): The Hungarian patient: Social opposition to an illiberal democracy, Budapest/New York, S. 133–163
Vossen, K. (2017): The power of populism. Geert Wilders and the Party for Freedom in the Netherlands, London/New York
Wagner, M. / Aichholzer, J. / Eberl, J.-M. / Meyer, T. M. / Berk, N. / Büttner, N. / Boomgaarden, H. / Kritzinger, S. / Müller, W. C. (2018): AUTNES Online Panel Study 2017, AUSSDA Dataverse, V3, https://data.aussda.at/dataset.xhtml?persistentId=doi:10.11587/I7QIYJ (letzter Zugriff: 20. 08. 2018)
Wodak, R. (2016): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien/Hamburg

AUTOREN

JÖRG FLECKER, Prof. Dr., Professor für Allgemeine Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Wien. Aktuell leitet er u. a. das FWF-Projekt „Solidarität in Zeiten der Krise (SOCRIS)". Forschungsschwerpunkte: Arbeitsmarkt, Arbeitsorganisation und Technik, Arbeitsbeziehungen, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

joerg.flecker@univie.ac.at

GUDRUN HENTGES, Prof. Dr., Professorin für Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. Forschungsschwerpunkte: Politische Bildung, Rechtspopulismus, Rassismus und Antisemitismus, (Flucht-)Migration und Asyl.

ghentges@uni-koeln.de

ISTVÁN GRAJCZJÁR, PhD, Milton Friedman University Budapest und externer Lehrender am Institut für Soziologie der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Politische Soziologie, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, Arbeitsmarkt und Migration.

grajczjar@gmail.com

CARINA ALTREITER, Dr. in, Projektmitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Wien im FWF-Projekt „Solidarität in Zeiten der Krise (SOCRIS)". Forschungsschwerpunkte: Arbeitssoziologie, Frauen- und Geschlechterforschung, Soziale Ungleichheit und sozialer Wandel.

carina.altreiter@univie.ac.at

SASKJA SCHINDLER, Dr. in, Projektmitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Wien im FWF-Projekt „Solidarität in Zeiten der Krise (SOCRIS)". Forschungsschwerpunkte: Arbeitssoziologie, Politische Soziologie, Soziale Ungleichheit.

saskja.schindler@univie.ac.at

https://doi.org/10.5771/0342-300X-2019-3-212
Generiert durch IP '18.118.210.108', am 24.02.2025, 09:09:02.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.